

Stefan Engel

Redemanuskript von Stefan Engel am 5. September 2009
in Gelsenkirchen

Liebe Gelsenkirchnerinnen und Gelsenkirchner, liebe Wähler,
liebe Freunde und Genossen,

1. Warum die MLPD wieder Wahlkampf macht

Als ich am Mittwoch auf dem Wochenmarkt in Horst die Wahlkampfzeitung der MLPD verteilte, da sagte eine Frau zu mir: *„Schon wieder Wahlkampf? Habt Ihr überhaupt eine Chance?“*

Ich fragte zurück: *„Was meinen Sie mit Chance?“*

Sie: *„Ja, da oben rein kommen, Kanzler werden.“*

Ich sagte: *„Kanzler werden? Daraus wird natürlich nichts. Und da rein kommen, das ist auch nicht so einfach.“*

Sie: *„Und warum machen Sie dann mit?“*

Ich antwortete ihr: *„Weil die Wahl auch eine Chance ist.“*

Eine Chance für eine Partei wie die MLPD, sich einzumischen in die große Politik. Ein Chance, mit einer Masse von Menschen politisch zu diskutieren, was außerhalb von Wahlkampfzeiten nicht annähernd so möglich ist. Übermorgen abend können Sie zum Beispiel um viertel vor zehn den Wahlspot der MLPD im 1. Programm im Fernsehen sehen.

Und Focus-TV bringt etwas über die MLPD. Das gibt es nur im Wahlkampf. Außerhalb von Wahlkampfzeiten werden sie die MLPD im Fernsehen nicht sehen können. Das alles ist eine Chance für die MLPD, die wir nutzen und die wir nutzen müssen. Und für diese Chance haben wir 40 000 Unterschriften gesammelt, damit wir in allen Bundesländern auch kandidieren können.“

Da sagte die Frau: *„Das ist wirklich eine stolze Leistung. Und das mit der Chance – da haben Sie recht. Sonst wären die ja nur unter sich.“*

Und das würde auch nicht gut tun.“

Sagte es, nahm die Wahlkampfzeitung und wünschte mir viel Erfolg.

2. Die bürgerlichen Parteien leugnen die Krise – wir nicht!

Liebe Gelsenkirchnerinnen und Gelsenkirchener,

wir werden im Wahlkampf über *die* Fragen diskutieren, über die die Berliner Parteien nicht sprechen wollen.

Wie ist es möglich, dass in diesem angeblich „besten aller Systeme“ das ganze Weltfinanz- und Weltwirtschaftssystem in einer verheerenden Krise zusammenbricht?

Wieso haben alle Parteien unisono noch ein paar Monate vor Ausbruch dieser Weltwirtschafts- und Finanzkrise von einem lang anhaltenden Aufschwung bis ins Jahr 2020 gesprochen?

Warum waren die Marxisten-Leninisten die einzigen, die vor dieser Weltwirtschafts- und Finanzkrise schon Jahre zuvor gewarnt haben?

Weil Marx recht hatte, als er vor 150 Jahren die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung analysierte. Er zeigte auf, dass es immer wieder zu Wirtschafts- und Finanzkrisen kommen muss, weil der Kapitalismus soviel Reichtum anhäuft, während er gleichzeitig für Millionenmassen Armut schafft.

Es ist paradox: Wirtschaftskrisen gibt es, weil *zuviel* produziert wurde – und das bei über einer Milliarde hungernder Menschen auf der Welt!

Man spricht heute viel über die gierigen Manager oder die unverantwortlichen Spekulanten, an der Krise hätten. Dass die gierig sind, das will ich nicht abstreiten! Aber kann man so einen weltweiten Zusammenbruch der Wirtschaft, der industriellen Produktion und der Verteilung erklären?

Tatsache ist, dass die Kapitalisten alle für einen Markt produzieren, dass sie sich dafür gegenseitig in der Konkurrenz ausstechen, immer wohlfeiler produzieren, immer größere Warenberge anhäufen. Um ihre Produkte immer billiger zu produzieren, müssen sie die Arbeiter ausbeuten, müssen sie Arbeiter durch Maschinen ersetzen, müssen sie Armut schaffen.

Aber die Armut wiederum verhindert, dass die Warenberge auf dem Markt gekauft werden können, wie in der Autoindustrie, wo zu Beginn der Krise 30 Millionen Autos unverkäuflich auf Halde standen. Und so kommt es gesetzmäßig immer wieder zu Überproduktionskrisen. Wir Marxisten-Leninisten fragen:

Warum kann man nicht für die Bedürfnisse der Menschen produzieren?

Warum kann man nicht planmäßig und systematisch ermitteln, was die Menschen brauchen – zum Essen, zum Trinken, zum Wohnen, für ihre Verkehrsmittel, für ihre kulturellen Bedürfnisse? Das ist im Kapitalismus nicht möglich. Denn die sogenannte freie Marktwirtschaft erlaubt dem Kapitalisten, zu produzieren, was er will, erlaubt dem Kapitalisten, sich Arbeitskräfte zu kaufen und sie danach wieder zu entlassen, wann immer es ihm beliebt. Der Kapitalismus erlaubt es den Kapitalisten auch, Rohstoffe zu verschwenden und die Umwelt zu zerstören zu Lasten der ganzen Menschheit. Das kann doch nicht so weiter gehen! Sollen wir alle vor die Hunde gehen, weil eine Handvoll kapitalistischer Monopole den Hals nicht voll kriegt? Über *diese* Zukunftsfragen wollen **wir** bei diesem Wahlkampf sprechen! Nicht nur darüber – wie Marx es ausdrückt -, welche Vertreter der herrschenden Klasse die nächsten Jahre die Regierung stellen werden.

Es steht doch ohnehin schon fest, dass entweder die SPD oder die CDU in das Kanzler-

amt einziehen werden. Und was werden sie dann tun?

Sie werden bei den Massen erst einmal die Kosten für die Schutzschirme für die Banken und für die Industrie kassieren. Sie werden uns die Rechnung präsentieren, noch bevor die Stimmen am Wahlabend ausgezählt sind.

So wie in Dortmund, wo acht Stunden nach Auszählung der Wahlergebnisse der neue OB Sierau eine Haushaltssperre verordnet, weil in der Stadtkasse 80 bis 200 Millionen € fehlen! Wusste er das vorher im Wahlkampf noch nicht? Wer es glaubt, wird selig, und wer es nicht glaubt, kommt auch in den Himmel! Wir dagegen werden die Chance ergreifen, all das zu sagen, was gesagt werden muss. Und wir werden uns dabei weder verrenken noch vornehm zurückhalten. Weil uns daran liegt, dass die Wahrheit ans Licht kommt! Wenn die Leute alles wüßten, glaubt ihr, dass hier alles so ruhig bliebe? Wir verbiegen uns auch nicht wie die Linkspartei, die wie im Saarland mit einem teilweise von der SPD abgeschriebenen Wahlprogramm angetreten ist, um der SPD eine Koalition zu ermöglichen. Geht es darum, an die Tröge zu kommen, oder darum, diese Verhältnisse aufzudecken und zu verändern?

Wir sind keine Opportunisten!

Wir kämpfen für die Zukunft der Menschheit, für die Jugend, für die Frauen, für die Arbeiterklasse!

Und deshalb nutzen wir die Chance dieses Wahlkampfes – im vollen Bewusstsein darüber, dass es uns wohl auch deshalb nicht gelingen wird, irgendwelche Parlamentssitze oder gar Ministersessel zu erlangen.

Darauf können wir auch verzichten.

3. Linkspartei oder MLPD?

Jetzt werden einige sagen: Die **Linkspartei** achtet doch wenigstens darauf, dass der Finger auf die Wunde gelegt wird. In einigen Fragen schon. Aber insgesamt? So fordert Lafontaine neuerdings eine „*Wirtschaft der freien Menschen*“. Eine solche Wirtschaft soll Ausbeutung und Unterdrückung überwinden. Aber wie wird diese „freie Wirtschaft“ erreicht? Durch „Mitbestimmung“ und Aktienanteile! Aha! „Mitbestimmung“ haben wir schon. Trotzdem gab es im Bergbau eine systematische Stilllegung und in der Stahlindustrie den Abbau von zig-tausenden Arbeitsplätzen in den letzten 20 Jahren. „Aktienanteile“ haben wir auch schon. Ich komme aus einer Siemens-Familie. Da gab es kein Urlaubsgeld und kein Weihnachtsgeld. Aber es gab die jährliche Dividende. Hat das aber etwas am Ausbeutungsverhältnis gegenüber Siemens geändert? Nein! Das einzige, was sich geändert hat war, dass mein Vater immer dachte, er wäre in der „Siemens-Familie“ gut aufgehoben. Die Losung von der „freien Wirtschaft“ ohne Ausbeutung und Unterdrückung ohne den Kapitalismus abzuschaffen, ist entweder eine Illusion, oder eine unverschämte Rosstäuscherei! Wir brauchen keine „freie Wirtschaft“, in der die Kapitalisten weiterhin schalten und walten können, wie sie wollen. Sondern wir brauchen eine sozialistische Wirtschaft, in der produziert wird, was die Menschen brauchen und in der die Ausbeutung der Arbeiter wirklich abgeschafft ist. Wer die Ausbeutung abschaffen will, muss den Kapitalismus abschaffen. Schluss mit der Inkonsequenz! Wer links wählen will, muss MLPD wählen!

Und wer den Sozialismus stärken will, der muss die MLPD stärken – und nicht die Linkspartei.

4. Nach den Wahlen kommt das Zahlen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Genossen,

wer die Unwahrheit sagt, hat etwas zu verbergen.

Auf unserem Plakat steht:

„Nach den Wahlen kommt das Zahlen!“ SPD-Finanzminister Steinbrück träumt schon wieder von einem langanhaltenden Aufschwung bis zum Jahr 2020. Es wird so getan, als habe man die Weltwirtschaftskrise und Finanzkrise voll im Griff und könne sogar noch Steuerversprechen durchführen, oder diese und jene Errungenschaften anbieten, um den Leuten Hoffnungen zu machen.

Tatsächlich steht die Industrieproduktion 20% unter dem Vorjahresniveau.

Nachdem im Maschinenbau bereits 18.000 Arbeitsplätze in den ersten drei Quartalen abgebaut wurden, werden noch einmal weitere 50.000 für das letzte Quartal angekündigt. Nach dem Ende der Abwrackprämie rechnen die Experten mit einer Vernichtung von 90 000 Arbeitsplätzen im Automobilbereich. Bis zum Jahresende werden 1 Million bis 1,5 Millionen mehr Arbeitslose erwartet. Sind das alles schon Anzeichen dafür, dass wir die schlimmste Phase der Rezession schon hinter uns haben wie es der adlige Wirtschaftsminister mit einen 17 Vornamen herausposaunt?

Was meint er eigentlich? Die Phase, als die Banken pleite waren?

Die haben sich natürlich durch den Geldsegen aus dem Bankenschutzschirm sanieren können. Die Wirkungen auf die breiten Massen stehen aber erst bevor. Das ist aber offensichtlich für diese bürgerlichen Politiker uninteressant. Wir stellen uns darauf ein, dass die Abwälzung der Krisenlasten Programm aller bürgerlichen Parteien ist, was durch diesen Wahlkampf nur notdürftig verdeckt werden soll.

Unser Wahlkampf dient dazu, die Arbeiter und Angestellten auf einen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihrem Rücken vorzubereiten.

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Verteidigt die Sozialversicherungssysteme gegen den geplanten Raubzug der neuen Regierung!

5. Die Steuerdiskussion ist eine Rosstäuscherei Im Mittelpunkt der Wahldiskussion steht die Ankündigung von CDU und FDP für eine Steuersenkung.

Das ist aber eine Mogelpackung.

Die Steuergesetze haben eine automatische Steuererhöhung eingebaut, so dass jeder zusätzlich verdienten Euro für die Arbeiter höher besteuert wird.

Da die Steuerprogression höher ausfällt als die Inflation und auch die Tarifierhöhungen, bedeutet diese Steuerprogression einen staatlich verordneten Lohnabbau.

Wenn jetzt CDU und CSU das etwas zurücknehmen, dann reagieren sie nur auf den Unmut, ändern aber grundsätzlich nichts an dieser Tatsache.

Wir sind der Auffassung, dass die Freibeträge insbesondere für Arbeiter für Löhne und Gehälter auf bis zu 2000 Euro brutto im Monat gesteigert werden müssen.

Der Eingangssteuersatz muss erheblich erniedrigt werden und der Spitzensteuersatz erheblich auf mindestens 60 Prozent gesteigert werden.

In der Praxis sieht es so aus, dass diejenigen, die über 100.000 Euro und mehr im Jahr verdienen, die verschiedensten Möglichkeiten haben, ihre Steuern durch verschiedene Abschreibungsmöglichkeiten gering zu halten. So gibt es in der Realität niemanden, der in Deutschland mehr als 30 bis 31 Prozent Steuern bezahlt. Der Kapitalist kauft sich ein Auto und kann das von seiner Steuer absetzen. Der Arbeiter dagegen zahlt das Auto und muss zusätzlich Steuern bezahlen. So sieht die Realität aus.

Das Steuersystem kann nicht einfach nur renoviert werden. Es ist grundsätzlich ungerecht! Über 80 Prozent des Steueraufkommens wird von den Massensteuern bestritten. Dabei spielen die **indirekten Steuern** die Mehrwertsteuer, Benzinsteuern usw. eine große Rolle. Über die redet aber kaum jemand. Es ist nicht nur eine Fata Morgana, wenn die sogenannte Berater und Experten der bürgerlichen Regierung bereits eine Mehrwertsteuererhöhung von 25 Prozent fordern.

Sie begründen das mit dem zeitweiligen Absinken der Preiserhöhungen – wohlwissend, dass die dramatische Staatsverschuldung letztlich inflationstreibend auf die Massen wirken wird.

Die MLPD fordert:

Weg mit den indirekten Steuern!

Für progressive Steuererhöhungen für die Reichen! Drastische Erhöhung der Freibeträge!

6. Die Monopole sollen die Sozialkosten zahlen Es vergeht keine Talkrunde bei Anne Will, Maybrit Illner oder wie sie alle heißen, ohne dass Fachleute und Berliner Politiker im Chor nach einem Umbau des Sozialversicherungswesens rufen.

Einig sind sie sich darin, dass die Massen den Gürtel enger schnallen müssen, die Sozialkassen leer seien, die Leistungen gekürzt werden müssen, damit nicht das ganze System zusammenbricht. Es hat schon seinen Grund, warum sie uns zu solchen Talkrunden nicht einladen. Ich frage mich jedes Mal, warum eigentlich niemand die Frage stellt, was mit dem ganzen Reichtum passiert, den eine immer geringer werdende Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Angestellten Jahr für Jahr produziert.

2489,4 Milliarden € betrug 2008 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland – das ist die Summe aller Waren und Dienstleistungen, die die Menschen in Deutschland produziert haben – pro Kopf 30.360 € vom Säugling bis zum ältesten Rentner. Noch nie war dieser

Reichtum so groß wie 2008!

Wenn allerdings die Sozialleistungen von den sinkenden Löhnen der Arbeiter bezahlt werden müssen, dann ist der Kollaps tatsächlich vorprogrammiert. Denn in den Betrieben arbeiten immer weniger Arbeiter immer mehr! So ist die Zahl der Industriearbeiter in den letzten Jahren auf fast die Hälfte geschrumpft. Die MLPD verfolgt deshalb einen grundlegend anderen Ansatz, eine ganz andere Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge:

Erstens: Vollständige Bezahlung durch die Unternehmen!

Die Kosten für Gesundheit, Rente und Pflege gehören zur Reproduktion der Arbeitskraft und sind damit Teil des Lohn, den die Kapitalisten zahlen müssen. Es ist nicht einzusehen, dass die Arbeiter sie von ihrem Lohn bezahlen sollen.

Und **zweitens:** Die Bezahlung aller Sozialversicherungsbeiträge muss über eine **umsatzbezogene Sozialsteuer** erfolgen.

Mit einer Umsatzsteuer von 6 Prozent wären alle Sozialversicherungen zu bezahlen. Kleine und mittlere Unternehmen mit vergleichsweise hohen Lohnkosten würden dadurch sogar entlastet. Große Monopol-Unternehmen wie Daimler oder Siemens, die heute unter 1% ihres Umsatzes an die Sozialversicherungen zahlen, würden dagegen zur Kasse gebeten.

Die Lage zahlreicher Kleinbetriebe dagegen, wo die meisten Arbeiter beschäftigt sind, würde so drastisch entlastet, dass sie locker die Sozialversicherung der Beschäftigten mit übernehmen und so eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung finanzieren könnten.

Eine umsatzbezogene Sozialsteuer wäre auch eine wirkliche »Konjunkturspritze« für die Arbeiter und Angestellten, weil so die Netto-Löhne um rund 20 Prozent steigen würden.

Wir brauchen nicht niedrigere Löhne, sondern höhere Löhne und Gehälter!

7. Renten

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die **Rentnerdiskussion**.

Immer wieder wird behauptet, dass die Renten aufgrund der demographischen Entwicklung nicht mehr zu bezahlen sei. Deshalb hat die Schröder-Fischer-Regierung die sogenannte Riester-Rente mit dem „demographischen Faktor“ eingeführt. Das bedeutet nichts anders als eine massive Rentenkürzung auf der ganzen Linie. Hatten früher Arbeiter ca. 70 Prozent Rente vom letzten Nettolohn zu erwarten, so kann man künftig nur noch von 40 Prozent vom Staat ausgehen! Ein Arbeiter, der 1 500 € netto nach Hause bringt, wird dann nur noch 600 € Rente zur Verfügung haben. Deshalb hat man dem Arbeiter vorgeschlagen, er möge sich doch bitte privat versichern. Diese private Versicherung könne man sogar von der Steuer absetzen und es würde sogar noch bis zu 40 % dazu bezahlt werden. Tatsache ist aber, dass sich viele Arbeiter eine Zusatzrentenversicherung von ihren niederen Nettolöhnen überhaupt nicht leisten können. Hinzu kommt, dass die sogenannte Nicht-Besteuerung der Zusatzversicherung ein Trick ist: Denn jetzt werden die Renten besteuert. Millionen von Rentnern werden direkt zur Kasse gebeten, weil Jahr für Jahr ein größerer Anteil ihrer Renten besteuert wird.

So liegt der gegenwärtige Versteuerungssatz für Renten bei 58 %, d.h. 58 Prozent der

Nettorente wird besteuert. Nächstes Jahr sind es 60 Prozent, übernächstes Jahr 62 Prozent. Auf diese Art und Weise wird eine radikale Art der Rentensenkung organisiert mit der Folge einer Altersarmut, wie es sie Deutschland seit langem nicht gekannt hat. Dazu kommt, dass das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre verlängert wurde obwohl jeder weiß, dass ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten aufgrund der gesundheitlichen Situation kaum noch das 65. Lebensjahr im Arbeitsleben erreicht. Auch in Folge der Massenarbeitslosigkeit finden vor allem über 50-jährige – wenn sie einmal arbeitslos geworden sind – kaum noch eine Stelle. Der eigentliche Trick dabei ist, dass man zwar vorzeitig in Rente gehen kann, aber dafür einen Rentenabschlag von 3,6 Prozent pro Jahr hinnehmen muss.

Im Grunde genommen ist diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit nichts anderes als eine staatlich verordnete Methode, die Rente zu kürzen.

Die Hartz-Gesetze schreiben sogar vor, dass einer, der nach Meinung der ARGE nicht mehr auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, wenn sie einen Rentenanspruch höher liegt als seine Hartz-IV-Bezüge, werden. Oder so kann es passieren, dass du mit 55 Jahren zwangsverrentet wirst, wenn dir eine Rente von 380 Euro zusteht, weil die dann über dem Satz von Hartz IV liegt. Das sind Zwangsmethoden, die nichts anderes als die rücksichtslose Ausbeutung und Umverteilung der Monopole zu Lasten der Gesellschaft bedeuten. Wir fordern die Rentner, Arbeiter und Angestellten, vor allem aber der Jugend auf, sich das nicht länger gefallen zu lassen.

Gemeinsam mit den Arbeitslosen und mit den Hartz-IV-Empfängern müssen sie sich an der Montagsdemonstration beteiligen und gegen die unsoziale Regierungspolitik demonstrieren!

Für die Abschaffung der Rente mit 67!

Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen bei vollem Lohnausgleich!

Erhöhung des Rentenanspruchs auf 70 Prozent des Nettoeinkommens!

Die Behauptung, dass die Renten nicht bezahlt werden können, ist unsinnig. Die Arbeitsproduktivität der Arbeiter ist ungleich höher gestiegen, als die Bezüge der Rentner und der Sozialbedürftigen. Ein Opel-Arbeiter in Eisenach, der einen Umsatz von 1,2 Millionen Euro im Jahr produziert, könnte davon 83 Rentner mit einem Renteneinkommen von 1200 Euro im Monat finanzieren. Das eigentliche Rentenproblem ist ein Problem der Umverteilung und der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten und nicht ein Problem der leeren Kassen.

8. Arbeitslosigkeit und Armut – wie in Gelsenkirchen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mittelpunkt steht das Problem der Arbeitslosigkeit. In Gelsenkirchen sind inzwischen 50 360 Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Wir Montagsdemonstranten gehen seit 5 Jahren auf die Straße, weil wir die Hartz-Gesetze grundsätzlich ablehnen. Diese gehen davon aus, das Problem der Arbeitslosigkeit

keit liege bei den Arbeitslosen selbst.

Sie müssten nur gezwungen werden, jeden Job anzunehmen, man müsste ihnen nur das Arbeitslosengeld massiv kürzen, und dann würde die Arbeitslosigkeit von selbst verschwinden.

Fakt ist aber, dass sich die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht verändert hat.

Die Zahl der Dauerarbeitslosen hat sich durch Hartz-IV überhaupt nicht verringert. Das einzige was passiert ist, ist, dass ein gigantischer Niedriglohnsektor entstanden ist. Inzwischen arbeiten 6,5 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor zu einem Lohn unter 9,80 Euro.

Über 30 000 Menschen beziehen nur Hartz IV. Das sind nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern mehr und mehr auch Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Ein Großteil der Bevölkerung muss sich heute mit Teilzeitjobs durchschlagen – manchmal sogar mit zwei oder drei Teilzeitjobs. Das bedeutet eine große Zahl von Unterbeschäftigten.

Immer mehr Arbeiter und Angestellte müssen zu ihren Löhnen und Gehältern noch monatliche Leistungen als Hartz-IV-Empfänger erhalten.

Das heißt, man kann von seinem verdienten Geld nicht leben. Es ist in diesem Zusammenhang eine reine Heuchelei, wenn Arbeitsminister Scholz sagt, mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro wäre der Ausbeutung in den Betrieben ein Riegel vorgeschoben.

Will der uns verarschen?

Nach Karl Marx ist Ausbeutung die private Aneignung unentgeltlicher Lohnarbeit durch die Kapitalisten.

Heute arbeitet ein Industriearbeiter in Deutschland im Durchschnitt nur noch 5 Minuten in der Stunde für seinen eigenen Lohn, während sich die Kapitalisten 55 Minuten seiner Lohnarbeit unentgeltlich aneignen.

Durch die Einführung von 7,50 € Mindestlohn würde sich der durchschnittliche Anteil der Arbeit für den eigenen Lohn maximal um ein bis zwei Minuten erhöhen.

Wer die Ausbeutung abschaffen will, Herr Scholz, der muss nicht so dummes Zeug daher reden – der muss den Kapitalismus abschaffen!

Wir halten es deshalb mit der Losung von Karl Marx: „*Nieder mit dem Lohnsystem!*“

Davon abgesehen würden 7,50 Euro Stundenlohn gerade einmal 900 Euro netto im Monat ausmachen.

Die Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro schafft also nicht nur die Ausbeutung nicht ab, sondern ist die heuchlerische Fortsetzung der Niedrigstlohnpolitik, wie sie von der Schröder/Fischer-Regierung eingeführt wurde und von der Merkel/Steinmeier-Regierung konsequent fortgesetzt wird. Die MLPD beteiligt sich als einzige Partei seit August 2004 konsequent und ohne Schwankungen an der bundesweiten **Montagsdemonstrationsbewegung** mit den Forderungen:

Weg mit den Hartz-Gesetzen!

Einführung eines Mindestlohns von mindestens 10 Euro!

9. Die Ursachen von Arbeitslosigkeit

Liebe Gelsenkirchnerinnen und Gelsenkirchner,

das Problem der Arbeitslosigkeit hat eine Geschichte.

Sie begann bereits 1975, als die Arbeitsproduktivität in Folge von Rationalisierung, Kapitalexport und Kapitalkonzentration sprunghaft anstieg. Durch die Einführung von Mikroelektronik und Automation aber inzwischen auch durch die Neuorganisation der internationalen Produktion ist ein Arbeitslosenheer auf Dauer entstanden. Die Ursache dieses Arbeitslosenheers auf Dauer ist nicht anderes als die **gesteigerte Arbeitsproduktivität der Industriearbeiter**. Wenn das aber so ist, dann kann das Problem der Arbeitslosigkeit nur gemildert werden durch eine Neuverteilung der Arbeit, durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung.

Dadurch könnten Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen und alte verteidigt werden. Durch die Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich wäre es möglich, eine Vollbeschäftigung durchzusetzen.

Manche bürgerliche Krakeeler, die den Teufel an die Wand malen, wenn wir diese Arbeitszeitverkürzung fordern, behaupten doch glatt, die Arbeitszeitverkürzung sei ein untaugliches Mittel, Arbeitsplätze zu erhalten. In der jetzigen Krise gibt es aber sogar gegenwärtig 1,4 Millionen Kurzarbeiter. Und die Regierung behauptet, die Kurzarbeit würde dazu führen, dass man Entlassungen verhindert. Aber ist Kurzarbeit nichts anderes als Arbeitszeitverkürzung? Im Unterschied zu unserer Forderung nach der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich wird die Kurzarbeit aber von den Sozialversicherungskassen und den Steuern bezahlt.

Wir fordern stattdessen, dass diese Arbeitszeitverkürzung von den Kapitalisten bezahlt wird. Das heißt, durch einen vollen Lohnausgleich der Arbeiter. Rein rechnerisch ist es so, dass die 7,5 Prozent Lohnanteil am Umsatz heute durch eine Arbeitszeitverkürzung um ca. 2 Prozent erhöht würde. Das heißt, der Lohnanteil am Umsatz würde auf 9,5 bis 10 Prozent durchschnittlich steigen. Das würde den Kapitalismus nicht grundsätzlich infrage stellen, wohl aber die Gewinnmargen der Monopole einschränken.

Ihr seht, das ganze Problem hat nur etwas mit den Kräfteverhältnissen zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten zu tun.

Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ist die einzig wirkungsvolle Maßnahme, die aber nicht durch Wahlen, sondern nur durch den Kampf der Arbeiter durchgesetzt werden kann.

Die Stärkung der Arbeiterbewegung, die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse ist ein wichtiges Anliegen der MLPD in diesem Wahlkampf.

Für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Vorwärts mit der Arbeiteroffensive!

10. Jugendpolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die bürgerlichen Jugendpolitik ist kläglich gescheitert!

Ist es nicht ein Skandal ersten Ranges, dass in einem der reichsten Länder der Welt.

- Millionen von Eltern vergeblich einen bezahlbaren Platz in einer Kinderkrippe oder Kindertagesstätte suchen?
- Dass 153.000 Jugendliche derzeit noch eine Lehrstelle suchen?
- Dass 80 Prozent der Auszubildenden nicht mit einer Übernahme nach der Ausbildung entsprechend der Berufsausbildung rechnen können?
- Dass mit der schrittweisen Aushöhlung der Lernmittelfreiheit, dem Turbo-Abitur und der Einführung von Studiengebühren immer mehr Barrieren für Arbeiterkinder geschaffen werden sowie mit der Studienreform auch zunehmend Oberschüler und Studenten unter die Räder kommen?
- Dass dagegen gleichzeitig Elite-Universitäten massiv gefördert werden?

Wir unterstützten aktiv die bundesweite Streik- und Protestwoche von 270.000 Schülern und Studenten gegen diese unsoziale Bildungspolitik!

Wir brauchen eine vollständige Lernmittelfreiheit! Wir brauchen ein einheitliches Schulsystem vom Kindergarten bis zur Hochschule und machen entschieden gegen soziale Auslese im Bildungsbereich Front! Die MLPD ist die Partei der Jugend! Denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Dazu gehört auch, die Jugend nicht nur als Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Wir setzen auf die Rebellion der Jugend, die nicht alles mit sich machen lässt, die am wenigsten an den Kapitalismus gebunden ist und die als praktische Avantgarde an der Spitze des Kampfs um eine befreite Gesellschaft steht.

Rebellion ist gerechtfertigt!

11. Umwelt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde und Genossen,

neben der Armut ist sicherlich die Umwelt eines der bedrohendsten Probleme der Menschheit. Inzwischen haben sich alle zu einer aktiven Umweltpolitik bekannt. Aber wenn man genau hinhört beschränkt sich das letztlich darauf, die Unternehmen bei der Investition in Umwelttechnologie, bei der entsprechenden wissenschaftlichen Arbeit zur Entwicklung einer solchen Umwelttechnologie oder der Umstellung auf erneuerbare Energien zu unterstützen. Die Grundlage für diese Tätigkeit ist ihre These von der **Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie**.

Mit dieser These haben sich die Grünen, die früher für einen aktiven Umweltschutz eintragen, zu einer bürgerlichen Monopolpartei gemausert.

Auch sie sind vernünftig geworden und fordern nur noch solche Umweltpolitik, die den Kapitalisten nicht weh tut usw. Aber diese Politik führt zusehends dazu, dass die Welt vor die Hunde geht. Extreme Wetterschwankungen zwischen brütenden Hitze- und Dürreperioden, die von sintflutartigen Platzregen und Überschwemmungen abgelöst werden, sind spürbare Anzeichen für den Übergang in eine globale Klimakatastrophe.

Ein **Sterben** von 30 Prozent aller **Tier- und Pflanzenarten** hat eingesetzt.

Der **Meeresspiegel** könnte noch in diesem Jahrhundert um einen ganzen Meter ansteigen.

Davon sind rund 150 Millionen Menschen unmittelbar bedroht.

Am Horizont zieht bereits eine globale Umweltkatastrophe auf, die die Existenz der gesamten Menschheit infrage stellt.

Und da haben unsere Umweltpolitiker nichts anderes im Kopf als erst einmal abzuschern, dass die Profitmargen unserer Industriebarone und Bankmanager stimmen.

Schluss mit der Heuchelei der bürgerlichen Umweltpolitik!

Aktiver Widerstand gegen die Profitgier der Monopole als der Hauptursache für die Umweltzerstörung!

Bauen wir mit an der internationalen Widerstandsfront zur Rettung der Umwelt für Kryorecycling und aktiven Umweltschutz!

12. Neofaschisten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist traurig, dass bei allen Wahlen die Neofaschisten teilnehmen können.

Inzwischen hat sich die NPD sogar ein Stück weit in der Landespolitik von Sachsen etablieren und durch die enormen staatlichen Zuwendungen stabilisieren können. Auf dieser Basis kann die NPD eine systematische sozialfaschistische Demagogie unter die Massen tragen und ihrer Terror gegen die Arbeiterbewegung vorbereiten und rechtfertigen.

Nach dem II. Weltkrieg wurde auf Druck der Massen im Grundgesetz verankert, dass die NSDAP und alle Nachfolgeorganisationen grundsätzlich verboten sind. Dazu bedarf es eigentlich keinerlei Gerichtsverfahren. Trotzdem werden alle Forderungen der Massen und zunehmend auch der Gewerkschaften in den Wind geschlagen, die neofaschistische NPD zu verbieten. Die Durchdringung dieser Organisation mit Verfassungsschutzagenten ist das Hauptargument eines Verbots der Faschisten. Das bedeutet doch letztlich nichts anderes, als dass der Staat selbst mit daran dreht, dass diese Faschisten nicht verboten werden. Sie bräuchten nur ihre Verfassungsschutzagenten abzuziehen und das Verbotungsverfahren könnte erfolgreich durchgeführt werden. Dass sie das nicht tun zeigt, dass sie ein Interesse an den Neofaschisten haben. Wir kennen das aus anderen Ländern wie in Kolumbien, wo man die faschistischen Contras systematisch einsetzt, um Gewerkschafter zu ermorden, die revolutionäre Arbeiter- und Volksbewegung niederzuhalten, Bauern vom Land zu vertreiben und jeder fortschrittlichen Regung im Genick zu sitzen.

Gleichzeitig macht die Regierung auf demokratisch und tut so, als hätte sie damit nichts zu tun.

Diese Arbeitsteilung zwischen der bürgerlichen Demokratie und diesen neofaschistischen nicht-staatlichen Terrortruppen ist offensichtlich das Projekt der Zukunft, auf das man sich einzustellen hat.

Die MLPD hat bei der Wahlzulassung als einzige Partei gegen die Zulassung der Faschisten protestiert und wird in diesem Wahlkampf der antifaschistischen Aufklärung ein besonderes Augenmerk widmen.

Wir müssen uns schützend vor die Jugend stellen, die oft noch unerfahren und leichtgläubig den demagogischen Sprüchen der Faschisten auf den Leim gehen.

Gleichzeitig wissen wir: die Jugend steht links und will von Faschismus und Krieg nichts wissen.

Wehret den Anfängen!

Verbot aller faschistischer Organisationen und ihrer Propaganda!

13. Warum wir den Sozialismus für notwendig halten Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die MLPD legt in diesem Wahlkampf einen besonderen Wert darauf, den Sozialismus als Alternative zum kapitalistischen System zu propagieren.

Dabei wissen wir natürlich, dass viele Leute diesem Gedanken aufgeschlossen gegenüber stehen, aber aufgrund von negativen Erfahrungen auch etwas skeptisch sind.

Deshalb ist es wichtig, diesen Wahlkampf zu nutzen, um eine Massendiskussion über den sozialistischen Ausweg und den Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu führen.

Wir Marxisten-Leninisten halten **erstens** den Sozialismus für notwendig, weil der Kapitalismus die grundlegenden Menschheitsprobleme nicht lösen kann.

Er kann weder die Armut noch die Ausbeutung der armen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika lösen, noch kann er das Umweltproblem lösen, noch kann er die Kriegsgefahr eindämmen.

Deshalb ist es notwendig, zu einer Gesellschaftsform zu finden, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kriege, Unterdrückung und Umweltzerstörung der Vergangenheit angehören.

14. Warum der Sozialismus machbar ist Die zweite Frage ist:

Ist der Sozialismus auch machbar?

Wir Marxisten-Leninisten wissen, dass er Sozialismus funktioniert.

Auch das hat uns die Existenz der ehemals sozialistischen Länder aufgezeigt. Allerdings wissen wir auch, dass in diesen Ländern viele Probleme existierten. Die Sowjetunion als erstes sozialistisches Land war ein sehr rückständiges Land, in dem es noch nicht einmal 5 Prozent Industriearbeiter gab. Die Masse der Bevölkerung waren arme rechtlose Bauern, die zum Teil noch in Leibeigenschaft lebten, und von der zaristischen Monarchie in Analphabetismus und kultureller Rückständigkeit gehalten wurden. Das kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Element prägten die Gesellschaft.

Die Sowjetunion war damals gezwungen allein den Sozialismus aufzubauen, weil die

Kettenreaktion der Revolutionen am Ende des I. Weltkriegs in Deutschland gerissen war, und die Novemberrevolution – die sozialistische Revolution in Deutschland – blutig niedergeschlagen wurde.

Das war eine große Hypothek für die Sowjetunion, die sie jedoch unter den Führern Lenin und Stalin begeistert meisterte.

Die Sowjetunion entwickelte sich im Laufe der Jahre zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt, konnte aufgrund des großen Rückhalts in der Bevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Stärke dem starken deutschen Imperialismus unter Hitler eine entscheidende Niederlage im II. Weltkrieg beibringen und die Menschheit vom Hitlerfaschismus befreien.

Diese unvergänglichen Errungenschaften der sozialistischen Sowjetunion zeigen, dass der Sozialismus ein gangbarer Weg ist.

Zugleich verschließen wir auch nicht unsere Augen davor, dass zum Teil aufgrund von Unerfahrenheit, aufgrund von ideologisch-politischen Schwächen und aufgrund von einer bestimmten kulturellen Rückständigkeit, bestimmte Probleme in dieser Gesellschaft aufgetaucht sind.

Es kam zu Funktionsmissbrauch, Erscheinungen des Bürokratismus, des Karrierismus in der Partei, so dass immer mehr Funktionäre zwar das kommunistische Parteibuch in der Tasche hatten, aber in Wirklichkeit von einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen Denkweise beseelt waren.

So konnten verschiedene Probleme der Sowjetunion nicht gelöst werden, bis es 1956 zur Zerstörung des Sozialismus durch einen Putsch von Chruschtschow gekommen war.

In der ehemaligen Sowjetunion und in dem ihr zugeordneten ehemaligen sozialistischen Lager wurde der Kapitalismus in alter Form wieder eingeführt.

15. Die Schlussfolgerungen der MLPD aus der Restauration Die MLPD hat aus dieser Entwicklung grundsätzliche Schlussfolgerungen gezogen.

Erstens wissen wir, dass heute die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft erheblich verbessert sind gegenüber dem ersten Anlauf einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir haben eine fortgeschrittene Produktionsweise, die heute schon ermöglichen würde, dass jeder Mensch in Würde, ohne Hunger und Entbehrungen leben könnte!

Wir haben kulturell hochstehende Industriearbeiter in der ganzen Welt.

Und wir verfügen über die positiven und negativen Erfahrungen der ehemals sozialistischen Länder.

Zum anderen wissen wir aber auch, dass wir der Entwicklung des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bürokratismus in der Partei ein besonderes Augenmerk schenken müssen.

Deshalb ist es notwendig, die Denkweise der Funktionäre durch die Mitgliedschaft und die sozialistische Gesellschaft zu kontrollieren.

Das System der Selbstkontrolle der Partei, das System der Selbstkontrolle einer sozialis-

tischen Gesellschaft ist die entscheidende Schlussfolgerung, die die MLPD aus den negativen Erfahrungen der Restauration des Kapitalismus gezogen hat.

Die MLPD ist deshalb nicht einfach eine Neufassung der alten Kommunistische Partei, sondern sie ist eine **Partei neuen Typs** und heißt deshalb auch Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland.

Diese Partei neuen Typs hat einen neuen Weg eingeschlagen, ist voller Siegeszuversicht und ist dabei, einen neuen Anlauf des Kampfes für den Sozialismus zu organisieren.

Dabei stützen wir uns auf die enge Freundschaft, Verbundenheit und Kampfeinheit mit der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung.

Wir befinden uns gerade in einem Prozess des organisatorischen Zusammenschlusses auf internationaler Ebene, wo die Aufgaben der revolutionären Arbeiterpartei international koordiniert werden, wo der Parteaufbau und der Klassenkampf aufeinander abgestimmt werden.

Nur so können wir eine Überlegenheit gegen eine inzwischen international organisierte kapitalistische und imperialistische Gesellschaft herstellen und dem Sozialismus zu einem Sieg verhelfen.

Es lebe der proletarische Internationalismus! Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Vorwärts zum Sozialismus!

16. Warum wir um jede Stimme kämpfen Liebe Freunde und Genossen,

die MLPD ist zu dem Wahlkampf angetreten, und kämpft um jede Stimme für die MLPD.

Manche werden einwenden:

„Aber ihr sagt doch immer, dass die Wahlen die Welt nicht verändern.“

Das stimmt.

Selbst wenn wir 1 Millionen, 2 Millionen, 5 Millionen oder 10 Millionen Stimmen hätten dadurch würde sich die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht ändern. Wahlen können höchstens eine relative Widerspiegelung des Bewusstseins der Massen sein. Sie sind und bleiben ein Instrumentarium um die Massen zu gängeln, zu manipulieren und die bürgerliche Herrschaft der Diktatur der Monopole zu rechtfertigen. Trotzdem kämpfen wir um jede Stimme. Wir tun das, weil in diesem Kampf ein Prozess der Verarbeitung unter den Wählern stattfindet.

Weil die Menschen bei diesem Kampf um jede Stimme überzeugt werden müssen von der Untauglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, weil sie überzeugt werden müssen, dass sie selbst an einem gesellschaftsverändernden Kampf teilnehmen müssen, weil sie davon überzeugt werden müssen, dass der Parlamentarismus keine Lösung ihrer Probleme beinhaltet und weil sie überzeugt werden müssen, dass es momentan nichts Wichtigeres gibt, als die MLPD, die Partei der Arbeiterklasse, die Partei der Zukunft zu stärken.

Nur wer das einsieht, wird über alle Formen der Meinungsmanipulation, die 5%-Klausel und der Einschränkung unserer Möglichkeiten zu der Überzeugung kommen, dass die

Wahl der MLPD keine verlorene Stimme ist sondern im jetzigen Moment das entscheidende Wahlverhalten, um unsere sozialistische Idee voran zu bringen.

Ein gutes Wahlergebnis würde die Welt nicht verändern, aber es würde noch mehr Leuten Mut machen, sich zusammenzuschließen in unserem hehren Kampf für eine neue Gesellschaft!

Kämpfen wir also um jede Stimme!

Wählt am 27. September 2009 Liste 11! Im Besonderen möchte ich für die Erststimme in Gelsenkirchen werben.

Hier bin ich – aufgrund von Versäumnissen der Linkspartei, einen Kandidaten aufzustellen – der einzige Kandidat links von der SPD!

Es wäre doch ein gutes Zeichen, wenn sich alle Leute, die mit den bürgerlichen Parteien nicht einverstanden sind, auf diesen linken Kandidaten, Stefan Engel, vereinheitlichen könnten.

Kampf um jede Stimme!

Wählt MLPD!

17. Wählerinitiativen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Genossen,

weil die MLD ein besonderes Verständnis von Wahlkampf hat und einen speziellen Wahlkampf führt, ist es für uns auch von besonderer Bedeutung, in diesem Wahlkampf nicht nur Wähler, sondern auch aktive Mitstreiter zu gewinnen.

Dafür haben wir in ganz Deutschland Wählerinitiativen gegründet.

Jeder, der die MLPD in ihrem Wahlkampf unterstützen will, kann sich in diesen Wählerinitiativen eintragen. Sie sind eine Organisationsform, in der Mitglieder der MLPD, aber auch Parteilose und Interessierte und Unterstützer gemeinsam den Wahlkampf der MLPD durchführen.

Diese Wählerinitiativen sind ein Zusammenschluss, in dem Parteilose die MLPD kennen lernen können in Theorie und Praxis, wo sie die Kandidaten auf Herz und Nieren überprüfen können und sich selbst einbringen können. Jeder bringt irgendwelche Fähigkeiten mit, die für den Wahlkampf nutzbar sind – sei es in der Theorie, sei es in der Praxis.

Die Entwicklung der Wählerinitiativen ist ein wichtiger Gradmesser dafür, ob unser Wahlkampf erfolgreich ist oder nicht.

Deshalb möchte ich alle hier Anwesenden auffordern – soweit sie es nicht schon getan haben:

Werdet Mitglied in der Wählerinitiative Stefan Engel! Vielleicht führt diese Erfahrungen ja auch dazu, dass Sie Mitglied in der MLPD oder in der Jugendorganisation REBELL werden!

Glückauf!